

Bildung und Gerechtigkeit

von Thilo Scholz

Vortrag auf der Juso-VV Hannover-Stadt am 24.05.2003

I. Bildung als sozialdemokratisches Leitthema

Bildung und Gerechtigkeit stellen ein unmittelbar miteinander verbundenes Wortpaar dar. Gerechtigkeit ist ohne Bildung und Bildungsgerechtigkeit nicht denkbar. In diesem Sinne war Bildung auch immer ein ur-sozialdemokratisches Thema, ein Thema der ersten Stunde wie es auch das Streben nach Gleichheit, Gleichberechtigung und Frieden war.

Die SPD begeht dieser Tage ihr 140-jähriges bestehen. In ihren ersten Tagen war sie bestrebt, ihre Mitglieder zu bilden, damit sie im Kampf gegen Kaiserreich und Manchesterkapitalisten bestehen konnten. Die SPD gründete Arbeiterbildungsvereine, hielt Seminare ab, machte ihre Sympathisanten fit.

Aber sie forderte auch einen freien Zugang für alle zu Bildung:

- Das Recht auf kostenlose Schul- und Hochschulbildung sowie
- das Recht für Frauen, überhaupt Hochschulen besuchen zu dürfen.

Heute wird der Name der SPD leider zu wenig mit Begriff Bildung verknüpft, ganz zu schweigen, die SPD als Bildungspartei zu bezeichnen. In vielen anderen europäischen Staaten sieht die anders aus. Die erundlegenden Reformen des Bildungswesen trugen SozialdemokratInnen.

Als Beispiele sind hier Groß Britannien, Schweden und Finnland genannt. Dort führten in den 50er und 60er Jahren die sozialdemokratischen KultusministerInnen die Gesamtschulen ein, die das gegliederte Schulsystem abösten und zu den heutigen Erfolgen dieser Staaten in Studien wie PISA beitragen.

II. Bildungsgerechtigkeit

Wir Jusos haben mal das Wort Gerechtigkeit mit der Umschreibung definiert, dass es jedem Mitglied unseres Gemeinwesens möglich sein muss, von jeder gesellschaftlichen Position aus jede andere gesellschaftliche Position erreichen zu können. Oder kurz: Möglichst viele Möglichkeiten. Voraussetzung für eine solche Vision der Gerechtigkeit ist es aber, die dafür erforderliche Bildung zu erhalten. Leider sind in unserem Staat die Bildungschancen ungleich verteilt.

Kurz einige Beispiele:

- 63% aller Kinder aus Haushalten der Unterschicht erlangen keine Schulabschluss oder nur einen Hauptschulabschluss.
- 65% aller Kinder aus Haushalten der Oberschicht legen erfolgreich die Abiturprüfung ab.
- In vielen Landkreisen Niedersachsens macht kein einziges Kind mit Migrationshintergrund Abitur
- Der Anteil der Professorinnen liegt bundesweit noch immer bei unter 10%.

Deshalb kann man von folgenden Benachteiligungen in unserem Bildungswesen sprechen:

- 1. Benachteiligung: Sozialer Hintergrund
- 2. Benachteiligung: Migrationshintergrund
- 3. Benachteiligung: Geschlecht
- 4. Benachteiligung: Stadt – Land - Gefälle

III. Ganzheitlicher Bildungsbegriff

Bildung umfasst in der BRD lediglich die kindliche und jugendliche Phase von Schule, Ausbildung und ggf. Hochschule. Fast alle anderen Industriestaaten integrieren die Kindergärten, die oftmals Kinderschulen heißen, in dieses System.

Auch die Erwachsenenbildung erhält einen anderen Rang, findet oftmals an Schulen und Hochschulen statt.

Einige Anregungen für frühkindliche Bildung bietet Finnland:

- Aufnahme in den Kindergarten ab 9 Monate bis zum Alter von 6 Jahren,
- 27 – 7 – 365 – Angebot mit Kosten geringen, sozial gestaffelten Kosten,
- mit 5 Jahren kommt ein Kind in die Vorschule, die im Kindergarten integriert ist,
- mit 6 Jahren wechselt das Kind in die Gesamtschule,
- der/die KindergartenlehrerIn bleibt bis Klasse 4 beim Kind und
- KindergartenlehrerIn ist ein Magisterstudiengang mit Fächern wie „Körperkontakt mit Kleinkindern“, kurz „Kuschelkurs“ genannt.

Ein neues, sozialdemokratisches Bildungsprojekt müsste als einen neuen Bildungsbegriff auf seine Fahnen schreiben. Zwar gibt es die Floskel vom Lebenslangen Lernen, aber weder wird darauf geachtet, dass bei uns Lernen zu spät anfängt noch bietet man SeniorInnen adäquate Angebote an.

IV. Schulische Gerechtigkeit

Über den Gerechtigkeitsbegriff in der Schule ist oft gestritten worden. Für die SPD galt immer das Gesamtschulsystem als Inbegriff der Gerechtigkeit. Auch im aktuellen Grundsatzprogramm, dem Berliner Programm, wird die Gesamtschule als einzige Regelschule gefordert.

Die internationalen Bildungsvergleichsstudien wie TIMSS, PISA und insbesondere IGLU bestätigen dies. International wird in der Regel sehr belustigt auf das gegliederte Schulsystem geschaut, es gilt als unmodern, wenig leistungsfähig und ungerecht.

Fast alle Industriestaaten hatten bis zum II. Weltkrieg ebenfalls ein gegliedertes Schulsystem, schufen es aber in den Folgejahren ab. Lediglich Deutschland, Österreich und die Schweiz – um die bedeutenden Ländern zu nennen – blieben bei ihrem drei- bis siebengliedrigen Schulsystem.

Die Folgen sind offensichtlich: Erstens hat die BRD eine der niedrigsten Abi-Quoten der entwickelten Staaten mit rund 34%. Zum Vergleich: Schweden 90%, Frankreich 72%, GB 67% Abiturquote. Diese höhere Bildungsbeteiligung kann aber nur erreicht werden, wenn alle gesellschaftlichen Gruppen einbezogen werden. Kinder aus sozial Schwachen Familien haben in Deutschland aber wenig Chancen. Bis heute kann man von einem Klassen-Schulsystem sprechen. Oberklasse schickt ihre Kinder ins Gymnasium, die Mittelklasse versucht dieses zumindest, die Realschule wird von Kindern der Mittelklasse und der Unterklasse besucht und die Hauptschule stellt eine Art Restschule für die Kinder aus der Unterschicht und von MigrantInnen dar.

V. Hochschulische Gerechtigkeit

Was an der Schule beginnt, setzt sich an der Hochschule noch viel krasser fort. Die Studierendenquote von Kindern aus der Unterschicht liegt bei 7% und ist somit in den letzten Jahren sogar noch gefallen.

Dagegen können wir davon ausgehen, dass mehr als 55% der Kinder aus der Obersicht das Studium aufnehmen, insbesondere dann, wenn die Eltern auch studiert haben. Bei einigen Studienfächern ist diese sogenannte

„Selbstrekrutierung“ besonders intensiv. Mehr als 2/3 aller MedizinstudentInnen sind die Kinder von Ärzten.

Dagegen gibt es auch klassische Studiengänge für soziale AufsteigerInnen. Tiermedizin, Maschinenbau, Bauingenieurwesen und Elektrotechnik sind klassische Fächer für Kinder aus bildungsfernen Schichten, da hier die praktische Anwendung ihres Wissens gefordert ist und sie ihrem sozialen Umfeld, vor dem sie ihre „Verhaltensauffälligkeit“, ihr Studium, rechtfertigen müssen, den Sinn ihres Studium schneller begreiflich machen können.

Hochschulische Gerechtigkeit: Veränderungen im Studierendenverhalten

Immer mehr Leute studieren, aber immer weniger werden sozial abgesichert. Ca. 75% der Studierenden arbeiten, um ihren Lebensunterhalt zumindest teilweise mitzufinanzieren.

Der Anteil der BAFÖG-BezieherInnen ist zwar seit dem Amtsantritt der rot-grünen Bundesregierung 1998 deutlich gestiegen, bleibt aber mit einer Quote von rund 17% äusserst gering. Da so viele Studis arbeiten, wird die Frage nach einem Teilzeitstudium immer relevanter:

- Integration von beruflicher Tätigkeit und Studium,
- Zeitlich versetzte Lehrveranstaltungen,
- Veränderung der Beratungsangebote,
- Reform der Sozialversicherungen (beispielsweise Krankenversicherung) und die
- Anpassung der Regelstudienzeit seien stellvertretend genannt.

Zwar studieren heute gleich viele Frauen wie Männer. Trotzdem bleiben Frauen auf die sog. „weichen“ Fächer beschränkt wie z.B. Sprachen und Grundschullehramt. Dies sind die Studienabschlüsse mit oft schlechten Berufsperspektiven und geringem Einkommen.

Auch üben Frauen nach einem erfolgreichen Studienabschluss in Schnitt ihren ergriffenen Beruf weniger lang aus als Männer. Bestes Beispiel ist die Tiermedizin:

- 65% weibliche Studierende,
- 10 Jahre nach Abschluss arbeiten noch ¼ der Frauen
- 20 Jahre nach Abschluss sind es immerhin wieder 30%, zumeist für wenige Stunden in der eigenen Kleintierpraxis.

Deshalb nennen die Tiermedizin-Profis ihr Fach spöttisch auch „die teuerste Hausfrauenausbildung der Welt“.

Das Grundproblem liegt in der Doppelten Vergesellschaftung der Frau: Vergesellschaftung durch die Arbeit und durch die Familie. Da der Staat aber keine Abhilfe schafft beispielsweise durch Horte, Kitas und Ganztagschulen, bleibt diese Diskriminierung von Frauen bestehen.

Als Studierende an der Uni Hannover haben wir immer versucht, dieser Entwicklung entgegen zu wirken: Rund 15 ASTA-Kindergärten wurden eingerichtet, eigene Frauenstrukturen der Studierenden aufgebaut mit Frauenkollektiv, das ein Frauenvorlesungsverzeichnis erstellt, Beratungen vornimmt und die Gleichstellungsbeauftragten kümmern sie um diese Problemlagen.

Hochschulische Gerechtigkeit und Studiengebühren

Für Studierende gibt es heute eine Vielzahl von finanziellen Belastungen:

- Verwaltungskostenbeitrag in Höhe von 50E pro Semester,
- nach Überschreitung der Regelstudienzeit um mehr als 4 Semester 500 Euro im Semester Langzeitstudiengebühren,
- bei Seniorstudierenden 400 bis 600 Euro pro Semester und
- es steht den Hochschulen frei, neue Nutzungsgebühren beispielsweise für Bibliotheken einzuführen.

Diese Belastungen treffen Studierende aus einkommensschwächeren Schichten wieder härter als andere, weil nicht sozial gestaffelt.

Seit einigen Jahren auch in der SPD en vogue ist die Debatte um allgemeine Studiengebühren. Wir Jusos sprechen uns gegen jede Art von Studiengebühren aus, da wir sie als unsoziales Druckmittel gegenüber den Studierenden empfinden, das den Bildungszugang erschwert und neue soziale Härten schafft. Das BAföG allein kann diese Härten nicht hinreichend ausgleichen, auch nicht nach seiner kürzlich erfolgten, leider völlig unzureichenden Reform.

Das Deutsche Studentenwerk hat in seinen Studien bereits mehrfach darauf hingewiesen, dass in der BRD der Anteil an Akademikern aus einkommensschwachen Elternhäusern erschreckend gering ist. Studiengebühren würden dieses Missverhältnis steigern.

Auch ein Stipendiatensystem - das in der Bundesrepublik zur Zeit nicht annähernd ausreichend besteht - lehnen wir als Regelfall der Studienfinanzierung ab. Stipendien sind zunächst nicht für alle Studierende erreichbar, und ein Studienfinanzierungssystem, das regulär auf Stipendien basiert, würde soziale Ungleichheiten verstärken und neue Abhängigkeiten zwischen Stipendiaten und Stipendiengebern erzeugen.

Sobald Studiengebühren zur Regel werden, ziehen sich die Landesregierungen entsprechend aus der Hochschulfinanzierung zurück. Die einzelnen Bundesländer führen die eingezogenen Gebühren nicht direkt an die Hochschulen ihres Landes ab. Das Argument, Lehr- und Forschungsanstalten auf diese Weise zu finanzieren, ist daher nur ein Vorwand.

Das oft vorgebrachte Argument, Studiengebühren seien sozial, da sie eine angebliche steuerpolitische Ungerechtigkeit (O-Ton Landeswissenschaftsminister Oppermann: „Warum soll die Krankenschwester das Studium des Arztesohnes bezahlen?“) ausgleichen würden, ist nicht schlüssig, da Familien mit höherem Einkommen auch mehr Steuern zahlen und damit die Ausbildung ihrer Kinder maßgeblich finanzieren.

Mehr Geld für die Hochschulen durch Erbschaft- und Vermögensteuer!

Wir Jusos sprechen sich gegen die Einführung aller Arten von Studiengebühren aus. Damit unterscheiden wir uns deutlich vom CDU-nahen RCDS, der z.B. in Sachsen allgemeine Studiengebühren fordert. Statt dessen fordern wir die Landesregierung auf, die Verwaltungskostenpauschale abzuschaffen und die bereits gezahlten Beträge an die StudentInnen zurückzuzahlen.

Um die finanzielle Ausstattung der Hochschulen zu verbessern, fordern wir einen neuen „Generationenpakt“: Die Erbschaftsteuer wird ab einem zu vererbenden Betrag über 500.000 Euro progressiv erhöht, ebenso die Vermögensteuer nach dem Motto: 1% Vermögensteuer für 100% Bildung. Mit dem Steuergeld (das alleine den Bundesländern zusteht, die auch alleine für die Finanzierung der Hochschulen zuständig sind) sind die Schulen und Hochschulen zu unterstützen.

Frauen an der Hochschule

Der anstehende Generationswechsel an der Uni soll als Chance genutzt werden, möglichst viele Frauen auf Lehrstühle zu bringen. Dazu ist ein Beratungsangebot für Frauen notwendig, die Abschaffung der Habilitation als nachweislich größter Hürde für Frauen und ein neues wissenschaftliches Leitbild. Das neue Leitbild soll nicht mehr bestimmt sein von einer umfassenden Hingabe des ganzen Menschens für die Wissenschaft - ohne Babypause und Familie.

Der Steigerung des Frauenanteils in den Naturwissenschaften, der extrem niedrig ist, gelten besondere Bemühungen. Dies reicht von Computerkursen

nur für Frauen bis zu Förderprogrammen, in denen naturwissenschaftliche Unifächer mit Mädchengruppen an Schulen kooperieren (Beispiel: „Technik zum Begreifen - speziell für junge Frauen“ der TU Braunschweig).

Die „Gender Studies“ der Sozialwissenschaften haben sich als Erfolgsmodell erwiesen und müssen auf alle Fachbereiche ausgedehnt werden. Auch das Projekt der internationalen Frauenuni gilt es fortzusetzen (mehr als 900 Studentinnen und 230 Wissenschaftlerinnen aus 115 Staaten beteiligten sich - interkulturell und interdisziplinär).

Gremien, die über die Vergabe von Forschungsgeldern entscheiden (z.B. VW-Stiftungskuratorium), müssen mit 50% von Frauen besetzt werden. So kann eine gezieltere Vergabe von Mitteln gewährleistet werden. Fachbereiche mit besonderen Erfolgen in der Frauenförderung sollen höhere Mittelzuweisungen durch die Unileitung erhalten. Der Senat soll Frauenförderung zum Bestandteil seiner Hochschulentwicklungsplanung machen.

Frauenbeauftragte müssen die undurchsichtigen Berufungsentscheidungen transparent machen können und sollen nicht nur bei Berufungen, sondern auch bei Bewertungen von Frauen ein Mitspracherecht bekommen.

Aktuelle Änderungen in den Hochschulen Niedersachsens

Das vergangene Jahr von der damals SPD-geführten Landesregierung verabschiedete NHG bringt in den kommenden Jahren eine Reihe grundlegender Änderungen für die Hochschullandschaft mit sich.

Stiftungsuniversitäten Wir gehen nicht stiften:

Verantwortungshochschule statt Stiftungshochschule

Eine Umwandlung der Uni Hannover in eine Stiftungshochschule lehnen wir ab. Der Staat muss auch weiterhin das Bildungsangebot garantieren, Chancengleichheit und Mitbestimmung gewährleisten. Wir Jusos wollen eine „Verantwortungshochschule“, ein demokratisches Miteinander statt einen autoritären Unternehmensstil, eine Uni, die sich kümmert um ihre Studierenden statt sie als notwendiges Übel zu empfinden.

Diese „Verantwortungshochschule“ kann nach Meinung von uns Jusos nur eine staatliche Hochschule sein, eine Gruppenuniversität mit mehr Rechten für Studierende und mehr Verantwortlichkeiten der DozentInnen für die Lehre. Mit der Evaluierung, den Studiendekanen und der geplanten leistungsbezogenen Bezahlung von Hochschulpersonal hat die „Verantwortungshochschule“ ausreichende Mittel zur Verfügung, den gestiegenen Ansprüchen von uns Studierenden gerecht zu werden.

Letztlich müssen alle Beteiligten an einer Hochschule Verantwortung übernehmen - aber auch zur Verantwortung gezogen werden können.

Studiendekane

Die Lehrsituation an der Uni ist oftmals unzumutbar - sowohl ausstattungs- als auch betreuungsmäßig. Deshalb haben wir Jusos die Einführung einer Beratungsinstitution, eines Studiendekanats, welches sich nur mit den Sorgen und Problemen der Studierenden befaßt im neuen Hochschulgesetz durchgesetzt.

VI. Schlussbemerkung

An den genannten Punkten ist leicht zu erkennen, dass Bildungsgerechtigkeit noch lange nicht hergestellt wurde. Dieses gilt es als sozialdemokratisches und visionäres Projekt zu formulieren. Nur so kann die SPD wieder ein Profil gewinnen, welches sie unterscheidbar macht von anderen Parteien.

Die SPD muss sagen, wie Bildungsgerechtigkeit zu erringen ist

- Gerechtigkeit für alle Gruppen unserer Gesellschaft
- Gerechtigkeit zwischen Männern und Frauen
- Gerechtigkeit für Deutsche und ausländische MitbürgerInnen
- Gerechtigkeit zwischen Stadt und Land

Dieses Projekt wird die SPD aber nicht aus heiterem Himmel bekommen, dazu müssen wir als JungsozialistInnen sie treiben. Letztlich gilt also: Wer soll Bildung und Gerechtigkeit einfordern, wenn nicht wir. Und wann sollen wir das tun, wenn nicht jetzt.